Saar-Zeitung

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau | 18 DISSIPAT ATQUE FOVET 72 | Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Monatl. Bezugspreis: Durch Agenten und Post: Frs. 4,50. Zeilenpreise: Die 6gelp. 40 m/m Zeile 0,25 Frs., Deutschland 7 Pfg., Ausland 0,30 Frs.

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarlouis, Kl. Markt 1. Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung. Fernsprecher Nr. 82. Postfach 30

Nr. 8. Saarlouis, Montag, den 12. Januar 1925 54. Jahrgang.

Briefkasten — Krieg.

„Als die [illegible] en…"

Aus Danzig schreibt ein ehemaliger reichsdeutscher Landsmann: Es ist wieder einmal „Krieg" zwischen Warschau und Danzig. Das ereignet sich alle paar Wochen, und jedesmal ist die Presse das erste Opfer des feindseligen Zustandes: Die führenden deutschen Blätter Danzigs sind in Polen verboten. Schlimmer noch, die polnische Regierung verlangt vom Danziger Senat, daß er den Presseorganen den Staatsanwalt auf den Hals schicke, weil sie zur Beschädigung polnischer Hoheitszeichen aufgefordert hätten. Polnische Hoheitszeichen, das sollen die Briefkästen sein, die der diplomatische Vertreter Polens, Herr Henryk Straßburger bei nächtlicher Stille und Dunkelheit — das böse Gewissen! — in den Straßen Danzigs anschrauben ließ. Damit sind wir mitten im neuen Streitfall. Die Republik Polen erlaubt sich derzeit in der freien Stadt Danzig neben dem deutschen Postdienst einen polnischen Verkehr einzurichten und zwar mit allen Schikanen: Briefkästen, Postboten, Schalterdienst. Schon vor zwei Jahren bestand die Absicht. Der Senat bekam Wind von der Sache und beschwerte sich beim Völkerbundskommissar. Dieser lehnte ein Vorgehen ab, weil er sich ein derart vertragswidriges Verhalten Polens gar nicht vorstellen könne. Nun ist das Unglück doch geschehen und ein zw[illegible] dazu: In törichter Selbsthilfe haben übereifrige Danziger die polnischen Aergernis-Kästen, ebenfalls bei Nacht, mit schwarz-weiß-roter Farbe angestrichen, was den Polen natürlich eine wundervolle Gelegenheit gibt, den Spieß herumzudrehen und die Beleidigten zu spielen. Die Drohnote des Generalkommissars Straßburger erinnert sogar etwas an das — Ultimatum Oesterreichs an Serbien im Jahre des Unheils 1914. Polen droht nämlich für den Fall, daß die örtlichen Polizeikräfte Danzigs zur Verfolgung der Uebeltäter nicht ausreichen sollten, „weitere Schritte zum Schutze des polnischen Eigentums und und der normalen Funktion der polnischen Aemter" an. Sollte damit gar eine bewaffnete Invasion gemeint sein? Das könnte gut werden. Der Staat tat in seiner Not, was er wußte. Er erwiderte, daß es sich in der Frage der Briefkästen um eine gewöhnliche Sachbeschädigung handle, die bäuerlich sei und verfolgt werde. Von „Hoheitszeichen" könne nicht die Rede sein. Die Zeitungen hätten jedenfalls nicht gehetzt. Im übrigen protestiere der Senat energisch gegen die Verletzung des Artikels 29 des Pariser Vertrages und der rechtskräftigen Entscheidungen des Völkerbundskommissars. Die Verwaltungsorgane Danzigs hätten sich an den vermaledeiten polnischen Briefkästen nur deshalb selber nicht „vergriffen", weil sie eine Entscheidung des Völkerbunds abwarten wollen. Wir fürchten, daß der Senat in der Sache selbst schließlich nachgeben wird. Er hat es leider fast immer getan. Auf dem Gebiete der Zollverwaltung z. B. ist er Schritt für Schritt vor den polnischen Ansprüchen zurückgewichen. Die im Versailler Vertrag vorgeschriebene Zollgemeinschaft zwischen Danzig und Polen hat dafür herhalten müssen, um der polnischen Gesetzgebung, soweit sie auch nur ganz lose mit Zollfragen im Zusammenhang steht, ohne weiteres in Danzig Geltung zu verschaffen. Der Volkstag, das Danziger Parlament, ist von allen diesen Fragen ausgeschaltet. Durch eine überaus geschickte Politik hat es Polen verstanden, seine Rechte auf diesem Gebiet in Danzig immer mehr zu erweitern. Noch trauriger steht es in der Verwaltung der Eisenbahnen, die nach dem Vertrage vom 9. November 1920 auf Danziger Gebiete den Polen zusteht. Polen hat diesen gewaltigen Vorteil benutzt, um in Danzig eine große mit vielen Beamten besetzte Eisenbahndirektion für Pomerellen und für rein polnische Gebiete zu errichten. Man reichte ihm den kleinen Finger. Heute hat es die ganze Hand. Eine Tragödie für sich ist der Munitionslagerplatz, den der Völkerbund der polnischen Republik unmittelbar an der Hafeneinfahrt der Weichselmündung erlaubte. Das schöne Ostseebad Westerplatte muß weichen, damit Polen Kriegsmaterial und Munition im Schatten der [illegible] Danzig lagern kann. Leider steht Danzig in Genf beim Völkerbund mutterseelenallein. Polen findet an Frankreich stets einen willigen Helfer. Danzig hat keine ständige Vertretung in Genf. Polen hat sie. Man könnte das bekannte Studentenlied abändern: Als die Polen frech geworden, zogen sie nach Deutschlands Norden. Aber wer hofft auf eine neue Varusschlacht? Die einzige Hoffnung der Danziger ist der Eintritt Deutschlands und damit eines Freundes in den Völkerbund…

Eine Spezialnote für das Saargebiet.

wtb. Paris, 10. Jan. Eine Spezialbanknote für das Saargebiet ist laut „Information" französischerseits zum Zwecke der Entlastung des Notenumlaufs der Bank von Frankreich geplant.

Auch Luther scheitert?

Die Kabinettsbildung im Reich.

Berlin, 11. Jan. Die Versuche des Reichsfinanzministers, eine Grundlage für die Kabinettsbildung zu finden, haben bisher noch kein Ergebnis gezeitigt. Dr. Luther hat im Laufe des gestrigen Tages mit den Vertretern aller in Frage kommenden Parteien verhandelt. Die Demokraten lehnen aus außen- und innenpolitischen Gründen einen Rechtsblock als völlig undiskutabel ab. Das Zentrum, das sich grundsätzlich mit einem Verhandeln mit Dr. Luther bereit erklärte, behielt sich jedoch seine endgültige Stellungnahme bis zum Abschluß der Regierungsbildung vor. Dr. Luther soll, dem „Berliner Tageblatt" zufolge, erklärt haben, daß er ohne Verständigung mit dem Zentrum die neue Regierung nicht übernehmen werde. Nach [illegible] der „Germania" ist es noch völlig unsicher, ob Luther überhaupt den Auftrag zur Regierungsbildung [illegible] werde.

Hughes wird zurücktreten.

Washington, 11. Jan. Staatssekretär Hughes will am 4. März zurücktreten. Im Falle seines Rücktritts soll der amerikanische Botschafter in London, Kellog, an seine Stelle treten. Hughes hat [illegible] sich geäußert, ins Privatleben zurückzutreten.

London, 11. Jan. Der Rücktritt des Staatssekretärs Hughes und die beabsichtigte Ernennung Kellogs zum Staatssekretär erregt in der gesamten Sonntagspresse großes Aufsehen. Wegen [illegible] Eintreffens der Meldung bringen die Blätter noch keine Kommentare. Die „Weekly Dispatch" meint, daß auch politische Erwägungen bei dem plötzlichen Rücktritt Hughes mitgewirkt hätten. Sonst hätte er bereits beim Beginn der neuen Senatsession dem Senator Borah, dem Vorsitzenden des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten gegenübertreten müssen. Die Auffassung dieser beiden Männer über die amerikanische Außenpolitik ständen im scharfen Gegensatz [illegible]. Auch eine Reutermeldung aus Washington weist darauf hin, daß die Gegner der Politik Hughes im Senat in der letzten Zeit für den Staatssekretär eine Quelle zunehmenden Aergers zu sein schienen. Mit Senator Borah habe er in einigen sehr wichtigen Fragen der Außenpolitik nicht übereingestimmt.

Falsche französisch-belgische Buchführung.

Die Verteilung der Ruhrgewinne vom Pariser Programm abgesetzt.

— Paris, 10. Jan. Nach einer Meldung des Newyork Herald ist die zum Programm der Finanzkonferenz gehörende Frage der Verteilung der Ruhrgewinne dadurch in ein kritisches Stadium getreten, daß die britischen Sachverständigen in der franko-belgischen Buchführung zahllose Fehler und Unstimmigkeiten festgestellt haben. U. a. sollen zahlreiche Verkäufe nicht mit dem richtigen Erlös eingetragen worden sein. Die Franzosen haben einen Teil der begangenen Irrtümer bereits zugegeben. Da die infolge dieser Entdeckung notwendig gewordene Nachprüfung der Bücher voraussichtlich längere Zeit in Anspruch nehmen wird, soll die Frage der Verteilung der Ruhrgewinne, wie das Blatt weiter erfährt, von dem Verhandlungsprogramm abgesetzt und auf später verlegt werden.

Amerika und Deutschland.

wtb. London, 10. Jan. Wie eine Agenturmeldung aus Washington besagt, wurde mit der deutschen Botschaft eine Ausdehnung der provisorischen Meistbegünstigung für die Vereinigten Staaten bis zum 4. März vereinbart, zu welchem Zeitpunkt die Session des gegenwärtigen Kongresses schließt. Die Vereinbarung erfolgte in Erwartung einer Aktion des Senats betreffend den Handelsvertrag zwischen Deutschland und Amerika.

1925 in Deutschland.

Unter dieser Aufschrift bringt der „Matin", Paris folgenden Bericht eines Korrespondenten aus Berlin.

Die Berliner Bevölkerung hat vom ersten Tag im neuen Jahr den größten Teil in Nachtfeiern zugebracht. Die 50-Mark-Restaurants (Wein nicht einbegriffen) wurden buchstäblich im Sturm genommen. Alle Cafés, Kabaretts und Tanzlokale waren überschwemmt von Leuten. Obwohl Silvester hier traditionell immer ein Tag der Verschwendung war, so ist es doch seit langem nicht mehr mit soviel Luxus begangen worden.

In den Revuen der meisten Zeitungen ist 1924 als das Jahr der Stabilisation der Mark und der Konsolidation des Reiches bezeichnet. Die Kommentare zeigen allerdings keinen überschwänglichen Optimismus: man bemerkt, daß Deutschland wohl noch verschiedene ernste Krisen namentlich durch Ausstände durchmachen müsse.

Die politische Lage in Europa wird durchwegs für im Allgemeinen als unsicher und unbeständig gehalten, da die öffentliche Meinung sichtlich von der Frage der Evakuation der Kölner Zone und von der Unzufriedenheit über deren Verschiebung beherrscht. ist.

Die Vossische Zeitung erinnert daran, daß 1925 für Deutschland ein Ereignis von großer Bedeutung bringt, nämlich die Wahl des Reichspräsidenten durch allgemeine Abstimmung. Diese Probe wird also zum erstenmal gemacht werden und wird für die Zukunft des Reiches entscheidend sein.

Das Berliner Tageblatt hat amerikanische Persönlichkeiten um ihre Meinung über Deutschland gebeten. Der amerikanische Staatssekretär Mellon meint dazu, die Wiederherstellung Deutschlands bedrohe nicht die Industrie und den Handel anderer Länder. Der Senator Borah erklärt, daß der Dawesplan nur ein erster Schritt zur Lösung des Problems der Reparationen sei. Er ist Mitglied einer großen ökonomischen Konferenz zur Reorganisation Europas. Professor Murray-Butler, der Präsident der Universität Kolumbia, hofft, daß Deutschland wieder einen vorwiegenden Platz unter den Völkern einnehmen werde, wenn der liberale Geist sich konsolidiert haben wird und der letzte Rest militärischer Autokratie verschwunden sein wird."

Seinen Lesern und Landsleuten wird der Matin damit nicht viel Angenehmes gesagt haben, denn in Frankreich herrscht, zumal augenblicklich, keine Neigung für die Prosperität Deutschlands. Eher das das Gegenteil, so unvernünftig es auch ist.

Eine Kundgebung der Saarländer im Reiche.

Berlin, 10. Jan. Aus Anlaß der heute sich vollziehenden zollpolitischen Abtrennung des Saargebietes und seiner wirtschaftlichen Angliederung an Frankreich hat der Bund der Saarvereine Berlin, die Vereinigung aller Saardeutschen und seiner Freunde im Reiche an die Regierung folgende Eingabe gerichtet:

Heute, am 10. Januar 1925, jährt sich zum fünften Male der Tag, an welchem laut Versailler Diktat das urdeutsche Saargebiet von dem deutschen Mutterland unter einmütigem Protest der Bevölkerung an der Saar abgetrennt und dem Völkerbund unterstellt wurde. Diese fünf Jahre sind ein einziger, unun[illegible]ner Kampf der Bevölkerung an der Saar gewesen, die französischen Annektionsbestrebungen zunichte [illegible]en und der Welt den Beweis zu erbringen, daß Frankreichs politische und wirtschaftliche Ansprüche auf das Saargebiet unbegründet und undurchführbar sind und der historischen Wahrheit und den tatsächlichen Verhältnissen nicht standhalten. Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat den Erfolg des Deutschtumkampfes an der Saar in seiner Dortmunder Rede und die Reichsregierung durch den Brief des Reichskanzlers Marx an die Stadtverordneten von Saarlouis vor aller Welt festgestellt.

Das Saargebiet war deutsch, ist deutsch und will deutsch bleiben. Dieser fünfjährige Erinnerungstag ist zugleich ein Trauertag für das Saargebiet und soll es auch sein für ganz Deutschland. Am heutigen Tage scheidet, nachdem sie zurzeit in Paris geführten deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen durch den Widerstand Frankreichs nicht zu einer anderen Regelung geführt haben, zollpolitisch das Saargebiet aus der deutschen Wirtschaftseinheit aus und wird mit diesem Tage wirtschaftspolitisch Frankreich angegliedert. Wir verkennen keinen Augenblick die ungeheure wirtschaftliche und politische Gefahr, die diese unbegründet gefaßten politischen Bestimmungen zur Wahrung der Versailler Bestimmungen für das Saargebiet in sich bergen. Wir erwarten von der Reichsregierung, daß sie diesen Tag der zollpolitischen Abtrennung des Saargebietes vom Deutschen Reiche nicht vorübergehen läßt, ohne erneut zu erklären, sie werde mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dafür eintreten, daß die Saarfrage eine Lösung finde, die dem Recht und der Wahrheit, den geschichtlichen Tatsachen und dem Willen der Bevölkerung entspricht. Wir erwarten ferner, daß die deutsche Reichsregierung sich die Veröffentlichungen des französischen Ministers für öffentliche Arbeiten über die Wieder-